

Nordwestradio Journal

Ulrike Hauffe im Interview

Landesbeauftragte für Frauen im Land Bremen

Trotz der Legalisierung von Prostitution und EU-Erweiterung kommt es auch heute noch zu Verschleppung, Menschenhandel und Zwangsprostitution. Ulrike Hauffe, Frauenbeauftragte des Landes Bremen, will dieses Thema auch in Bremen öffentlich machen. Und gegen diese Missstände kämpfen. Was heißt das für Bremen? Was kann die Fachberatungsstelle Zwangsprostitution leisten? Radio Bremen sprach mit Ulrike Hauffe, der Leiterin der Bremischen Zentralstelle zur Verwirklichung der Gleichstellung der Frau.

Radio Bremen: Zwangsprostitution hat in Deutschland ungeahnte Ausmaße angenommen seit den EU-Beitritten von Rumänien und Bulgarien. Wie stark ist dieses Thema in Bremen?

Ulrike Hauffe: Die Polizei und da insbesondere das Fachkommissariat K 44 geht davon aus, dass sie bei Kenntnis von ca. 600 Prostituierten der überwiegende Teil davon Zwangsprostituierte sind, wobei ich sagen muss, sie haben nur Kenntnis von ca. 600 Prostituierten.

Radio Bremen: Nun kann man ja ganz naiv sagen, wir sind doch hier sehr weit weg von Rumänien und Bulgarien, wie kommen die hierher?

Ulrike Hauffe: Es sind oft Arbeitsmigrantinnen, d.h. sie werden herübergeschleust zum Teil mit falschen Angaben darüber, was sie hier zu tun haben. Aber manchmal auch durchaus mit den klaren Angaben, dass sie sich hier prostituieren sollen, aber unter Bedingungen, die sie hinterher hier nicht so vorfinden. (1)

(1)

a) unter falschen Angaben geschleust

b) unter Angabe Arbeit in der Prostitution geschleust, aber mit der Nennung falscher Arbeitsbedingungen

Dass die Frauen in der Prostitution arbeiten woll(t)en, wird nicht als Alternative genannt

Radio Bremen: Was sind das für Bedingungen, es gibt ja die Beratungsstelle für Zwangsprostitution, was wird ihnen da mitgeteilt?

Ulrike Hauffe: Die Geschichten, die die Beratungsstelle für Menschenhandel und Zwangsprostitution, die von der Diakonie getragen wird, erfährt, sind oft so grausam, dass ich sie gar nicht erzählen mag. Frauen werden eingesperrt, sie haben eine Fülle an Freiern pro Tag zu bewältigen, bis hin dass sie die Pässe abgenommen bekommen. Sie haben keinerlei Rechte, sie sprechen ja auch kein Deutsch in der Regel und können sich also auch nicht verständigen, haben keinen Kontakt zur Außenwelt, müssen ihr Geld abgeben, d.h. sie sind komplett entrechtet.

Und was tut die ZGF, wenn rumänische Sexarbeiterinnen mit Ihnen sprechen wollen? Sie geht davon aus, dass das Gespräch auf Deutsch stattfindet und ist überrascht, wenn nach einer Sprachmittlung gefragt wird

Radio Bremen: Aber diese Fachberatungsstelle, wie kann die da helfen, was hat die für Einflussmöglichkeiten?

Ulrike Hauffe: Diese Fachberatungsstelle hilft ja erst dann, wenn irgendetwas auffällig wird. Entweder und **das ist selten, meldet sich selber eine Frau (2)**, die irgendwie durch verschiedenste Drähte Kontakt zu dieser Beratungsstelle bekommen hat, oder aber und das ist häufiger, wenn die Kriminalpolizei fündig wird. Wenn wie jetzt zum Beispiel ja gerade so ein Ring aufgehoben wird, dann **ist diese Fachberatungsstelle da, diese Frauen zu ermächtigen**. Das ist etwas Inneres, die Befähigung zu geben, sich geben diese Männer oder manchmal auch Frauen, die sie eingesperrt gehalten haben, auszusagen. Das heißt sie sind traumatisiert, diese Traumatisierung muss behandelt werden, sie müssen Behördengänge machen, **all das können sie gar nicht mit der Traumatisierung, mit der Sprachlosigkeit im wahrsten Sinn, auch doppeldeutigen Sinn** und all das macht die Beratungsstelle. Zum Teil bringt sie sie dann auch irgendwo unter, dass sie nicht auffindbar sind, denn selbstverständlich geht die Hatz auf diese Frauen los, denn sie sollen ja nicht aussagen können. Also das ist eine ausgesprochen anspruchsvolle Arbeit, die in dieser Beratungsstelle geleistet wird an der einzelnen Frau, die sich zwangsprostituieren sollte.

Radio Bremen: Von wem wird diese Arbeit bezahlt?

Ulrike Hauffe: Diese Arbeit wird vom Land Bremen bezahlt und wie wir finden, dass sie doch schlecht ausgestattet ist. Aber gerade jetzt waren die Haushaltsberatungen der Regierungskoalitionäre, sodass wir für 2014 und 2015 eine Aufstockung der Mittel erleben konnten und ich bin sehr froh, dass diese Not, die da ist, so ernst genommen wurde, dass erkannt worden ist, dass die Beratungsstelle mehr Geld braucht für die Arbeit, die sie tun muss.

Radio Bremen: Es geht um Zwangsprostitution, lassen Sie uns trotzdem mal kurz auf das **Prostitutionsgesetz** gucken, dass Rot/Grün vor 12 Jahren verabschiedet hat, **Sie haben gesagt, das hätte die Situation noch viel schlimmer gemacht, warum?**

Ulrike Hauffe: Im Grunde haben wir da **eine Liberalisierung** an Stellen gehabt, wodurch wir einen Boden geliefert haben, dass Deutschland zu einem **Umschlagplatz** geworden ist für Prostitution. Wir merken das deutlich daran, dass wir einen Zuzug von Ausländerinnen hierhin haben, auch eine **Verschleppung nach Bremen**, wobei wir nicht wirklich gesicherte Zahlen haben, es sind immer noch nur Schätzungen. Das Gesetz ermöglicht immerhin, dass diese Frauen krankenversichert sind usw., aber sie nehmen es nicht wahr, d.h. das was eigentlich zu ihrem Schutz aufgeschrieben worden ist, findet nicht wirklich Realität, aber **die Liberalisierung hat den Markt eigentlich eröffnet**. Da sind andere Länder, insbesondere Schweden andere Wege gegangen.

Radio Bremen: Nun hat sich die Koalitionsverhandlung zwischen Schwarz und Rot wieder dieses Themas Zwangsprostitution angenommen und hat gesagt, sie wollen die Freier ebenfalls zur Verantwortung ziehen, die diese Zwangslage ausnutzen. Ist das eine gute Idee?

Ulrike Hauffe: Ja im Prinzip schon, denn **gäbe es die Freier nicht, dann brauchten Frauen sich nicht zu prostituieren**. Sie sind ja im Prinzip ja diejenigen die den Markt bedienen und aufrechterhalten. Und gerade was das Thema Zwangsprostitution betrifft, heißt es ja im Grunde billiges Fleisch, ich sage es mal so brutal. Es gibt sicher ja sich freiwillig prostituierende Frauen, die haben ihren Preis. Aber hier geht es wirklich um die Ärmsten der Armen und darum, dass sie sich ohne Kondome, ohne jegliche Sicherheit mit irgendwas wie einer gerade mal daher kommenden Lust irgendeines Mannes verdingen

(2)

Zahlen BKA 2012: Geschädigte: 612, davon
199 (41 %) Fälle Kontaktaufnahme durch Geschädigte
155 (25 %) nach Anzeigen und Hinweisen von Dritter Seite
116 (19 %) aufgrund Initiative der Polizei
Gesamtzahl der weiblichen Sexarbeitenden in D nach UEGD ca 200.000
(2012). Davon 612 geschädigte im Sinne sexuelle Ausbeutung und
Menschenhandel = 0,3 %

Wie sind die Zahlen hierzu in Bremen. Wieviele Präventivkontrollen in 2013.
Wieviele Polizeieinsätze bei Schließung von Locations? Wieviele Razzien der
Schutzpolizei? Wieviele Anzeigen durch Dritte? Wieviele Hinweise durch
Dritte? Wieviele Anzeigen von Geschädigten?

Was wurde durch das Prostitutionsgesetz Liberalisiert?
Ist der Wegfall des StGB § 180 a Förderung der Prostitution gemeint?
Ist mit Lieberalisierung gemeint gute Arbeitsbedingungen und Auslage von
Kondomen durch Betreibende von Locations?

Was ist mit Verschleppung gemeint? Zahlen?

Ist damit gemeint, das Frauen wegen der Rechtssicherheit, die das ProstG
geschaffen hat gerne in D arbeiten?

Gäbe es den Freier nicht, wäre die Existenz der aus eigenem, freien Willen in
der Sexarbeit tätigen Frauen zerstört. Ist das gewollt?
Ist es nicht denkbar, das Frauen ihren Lebensunterhalt mit sexuellen
Dienstleistungen verdienen wollen?

sollen. Und dass diese Männer nicht merken, dass dort eine Frau ist, die dort nicht sehr freiwillig das tut, das kann ich mir nicht vorstellen.
Das Gespräch führte Julia Meichsner

+++++

<http://www.radiobremen.de/nachrichten/gesellschaft/geld-gegen-zwangsprostitution100.html>

Radio Bremen, den 25. November 2013, 14:16 Uhr

Tag gegen Gewalt an Frauen

Mehr Geld für Opfer von Zwangsprostitution

Zwangsprostituierte sollen in Bremen mehr Hilfe bekommen. Die entsprechende Beratungsstelle erhält 2014 rund 20.000 Euro mehr als jetzt. Das sagte Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen.

Zwangsprostitution ist auch in Bremen ein Problem.

Voraussetzung für das finanzielle Plus ist allerdings, dass die Bremische Bürgerschaft den Plänen Mäurers zustimmt. Dann kann die diakonische Beratungsstelle in der Stadt Bremen noch mehr betroffenen Frauen helfen – auch um vor Gericht auszusagen. **In diesem Jahr gibt es mit knapp 40 Verfahren wegen Menschenhandels so viele wie noch nie.**

Die **Bremer Polizei** geht davon aus, dass **von rund 600 Prostituierten die meisten zur Sexarbeit gezwungen werden**. Dazu gehören auch falsche Versprechungen im Herkunftsland, etwa in Rumänien oder Bulgarien. **Mäurer** sprach, so wörtlich, von der **Bundesrepublik "als Bordell Europas"**. Er fordert neue Bundesgesetze, die der Polizei mehr Rechte für Kontrollen im Rotlichtbereich geben.

Woher weiß die Polizei, Herr Mäurer, dass die meisten der Sexarbeiterinnen zu dieser Tätigkeit **gezwungen werden**?
Was meint Herr Mäurer und die Polizei, wenn sie von **gezwungen werden** sprechen?

+++++

<http://www.radiobremen.de/nachrichten/gesellschaft/menschenhandelprozess100.html>

Prozess wegen Menschenhandels

Staatsanwaltschaft wirft Bande 80 Taten vor

Die Mitglieder einer mutmaßlichen Bande von Menschenhändlern haben zu Beginn des Prozesses vor dem Landgericht Bremen die Vorwürfe bestritten oder die Aussage verweigert. Angeklagt ist ein Ehepaar und dessen Tochter. Sie sollen mehrere Frauen mit falschen Versprechen von Bulgarien nach Bremen gelockt haben. Hier sollen sie zur Prostitution gezwungen worden sein. In dem Verfahren muss sich auch ein 69-jähriger Bremer verantworten.

Ihm wird Beihilfe zur Zuhälterei und sexuellem Missbrauch einer Jugendlichen vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft hat am ersten Prozesstag die Anklage verlesen. Den Angeklagten drohen bis zu 15 Jahren Haft. Der mitangeklagte Deutsche soll die Wohnungen zur Verfügung gestellt haben, in denen die Frauen als Prostituierte arbeiteten. Die bulgarische Familie habe Frauen aus ärmsten Verhältnissen von Bulgarien nach Bremen geholt, so ein Sprecher des Gerichts.

Anklage umfasst 26 Seiten

Den Frauen soll ihr **Schicksal** zwar **bewusst** gewesen sein, jedoch hätten die Angeklagten ihnen dann den **versprochenen Lohn nicht ausgezahlt**, so der Vorwurf. Insgesamt **summieren sich die Vorwürfe** der Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten **auf mehr als 80 Straftaten**. Darunter auch **schwerer Menschenhandel**, **sexuelle Ausbeutung** und **mehrfache Vergewaltigung**. Vor einem Jahr hatte die Polizei die Bande gefasst. Vorausgegangen waren gemeinsame Ermittlungen bulgarischer und deutscher Behörden.

+++++

siehe auch:

http://www.radiobremen.de/fernsehen/buten_un_binnen/video50620-popup.html

6. September 2013, 13:30 Uhr

Prozess gegen Menschenhändler,

- Statement Senator des Inneren Ulrich Maurer
- Interview Katharina Kähler. BBMeZ

Auszüge:

____ Ulrich Maurer:

Moderation: *Es ist nicht bekannt in welchen Wohnungen Zwangsprostitution stattfindet*
„Wir wissen nur das die **Zahl sehr hoch** ist. Es gibt ein **riesiges Dunkelfeld** und wir wissen im Grunde genommen zu wenig, weil wir **überhaupt keine Zugangsrechte** (3) haben. Die Polizei kann nicht kontrollieren, die Ordnungsämter nicht, weil die Gesetzeslage uns dies einfach schlichtweg verbietet. Diese **ganze Liberalisierung** war im Grunde genommen die **Chance** gewesen, **für Menschenhändler, für Zuhälter** dieses Gewerbe zu entwickeln und inzwischen hat die Bundesrepublik glaube ich einen negativen Spitzenplatz in Europa“

____ Katharina Kähler:

„Es handelt sich oft um ... oft Frauen aus sehr randständigen Lebenslagen in ihrer Heimat, ... auch deutsche Frauen. Die Motivation dieser Frauen ... massiver wirtschaftlicher Druck ... zuhause **isoliert vom sozialen Absicherungssystem** ... kaum Zugang zum Bildungssystem. ... **Manche wissen** (4), dass

Wussten die Frauen also, dass sie in Deutschland als Sexarbeiterinnen tätig werden? Wieso wird dann von Schicksal gesprochen. Schicksal ist etwas das einem widerfährt. Mit wissen nach Deutschland zu gehen, um sexuelle Dienstleistungen anzubieten, eine Wahl. War es Schicksal oder Wahl?

(3)
StPO § 104, (2) - Präventivkontrollen

Von welchen Menschenhändlern und Zuhältern wird gesprochen? Von denen die 2009/2010 tatsachenwidrig in der Essener Straße als solche bezeichnet wurden? Von uns also? Wer sind wir nach ihrer Meinung?

(4)
Siehe oben „Staatsanwalt wirf Bande 80 Taten vor“

es um Prostitutionstätigkeit geht, werden aber über die Bedingungen zu denen sie arbeiten sollen getäuscht. ...“

Moderation: *Die Frauen erleben diese erste Zeit mit Schlägen, Folter, Zwangsprostitution Warum hauen die Frauen nicht ab?*

„Das finde ich, ist eine sehr gute Frage, weil sich das auf den ersten Blick nicht erschließt. Die Gründe dafür, würde ich sagen, sind sehr vielfältig, zum einen haben wir es oft mit Frauen zu tun, die **nicht gewohnt sind eigenständige Entscheidungen** für sich zu treffen, **selbstbestimmt zu leben** und für sich abzuwägen, was mach ich jetzt, wenn eine bestimmte Situation eintritt, das heißt **sie kennen das nicht, sich selber zu orientieren**. Dazu kommt, dass viele dieser Frauen stark unter Druck stehen. Wir haben oft Frauen, deren Familie bedroht wird. Das ist sehr gängig in diesen Täterkreisen, die Familie der Frauen unter Druck zu setzen und den Frauen auch sehr deutlich zu machen, dass es möglich ist, dass ihrer Familie etwas geschieht. ... Das ist auch ein Grund dafür (*dass die Frauen häufig in einem Prozess nicht aussagen, Anmkg K.F.*) und es ist natürlich klar, dass jede Frau da versucht ihre Familie und ihre Kinder so gut wie möglich zu schützen und eben nicht versucht etwas zu sagen, was ihre Lieben in Gefahr bringt. ... Ich glaube es wäre ganz wichtig, den Frauen **neue Lebensperspektiven zu eröffnen**, also ihnen zu ermöglichen hier zu bleiben, wenn sie eine Aussage zu machen, ihnen zu ermöglichen auch weiter am **sozialen Sicherungssystem** teilzunehmen, auch ihre Kinder nachzuholen, ihnen **Bildungsperspektiven zu eröffnen**, dass sie irgendwann dazu in der Lage sind mit **anderweitigen Tätigkeiten** ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie zu bestreiten und sie damit ja auch aus der Schusslinie zu nehmen, dass sie eben nicht wieder nach Hause zurück müssen. Oft stammen Opfer und Täter aus dem selben Ort, so dass das natürlich auch eine unmittelbare Gefahr ist, und das hat natürlich zuhause auch sehr **viel mit Stigmatisierung** zu tun. Wenn bekannt wird eine solche Frau ist in der Prostitution tätig gewesen...“ *möchte sie nicht gerne zurück (Moderatorin)* „... genau“

„Den Frauen soll ihr Schicksal zwar bewusst gewesen sein, jedoch hätten die Angeklagten ihnen dann den versprochenen Lohn nicht ausgezahlt, so der Vorwurf.“

Ist das Tatsache oder kolonialisierende Zuschreibung?
(Ethnographische Methoden in der Befragung? Welches Konzept sozialer Arbeit?)

Was ist mit den Frauen, die eine Anzeige erstatten? Sind die nicht dazu in der Lage sich in ihrem Leben zu orientieren und selbstbestimmt zu handeln?

Ist die Unterwerfung unter physischen Zwang ein Indiz für Unselbstständigkeit, für Mangel an Orientierungsfähigkeit?

Werden Frauen auch in ihrer Entscheidung bestärkt, nicht Aussagen zu wollen? Oder werden die Frauen „unterstützt“ Aussagen zu machen?

Wieso keine Beratung, die die alte Wahl in gestärkter und unterstützter Form reaktiviert? Wieso nur Beratung zu „neuen Lebensperspektiven“?

Wieso die Fixierung auf anderweitige Tätigkeiten, wenn die Traumatisierung doch zu einem guten Teil in der Vorenthaltung der Honorare lag? Gehen die Geschädigten heute und gingen sie zwischenzeitlich sämtlich anderen Tätigkeiten nach?

Ist Stigmatisierung nur in den Herkunftsländern ein Problem?
Ist die Festlegung auf die Vermittlung in andere als die Tätigkeit der Sexarbeit keine Stigmatisierung der Tätigkeit Sexarbeit?
Ist die Annahme, dass die geschädigten Frauen nicht zu einer eigenständigen Orientierung fähig sind, zulässig, sofern diese sich entschieden haben in die Sexarbeit zu migrieren?
Ist diese Annahme keine Stigmatisierung und Diskriminierung?